

**Niederschrift über die Sitzung des
Kreistags am 15. Dezember 2014**
in der Festhalle in Sulzbach an der Murr

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

84 Kreisrätinnen und Kreisräte: Dr. Nopper (ab 15:45 Uhr), Breiter (bis 17:30 Uhr)
Ostfalk (bis 17:50 Uhr)

Entschuldigt: Prof. Dr. Weller, Wersch, Dr. Kasper, Medeck

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Kreiskämmerer Geißler
Dezernentin Hülle
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin
Regierungsdirektor Dr. Zaar
Geschäftsführer Braune, Kreisbaugruppe
Leitende Beamte und Angestellte des Landkreises
Gäste
Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 15:30 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung: 17:50

Ende der öffentlichen Sitzung: 17:50 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung: 17:55 Uhr

§ 1

Verabschiedung des Haushalts 2015

Drucksachen 2014-124-KT15.12. 2014-79-KT20.10. 2014-79a-KT20.10. 2014-80-KT20.10.
2014-81-KT20.10. 2014-89-KT20.10. 2014-90-KT20.10. 2014-102-JHA24.11.
2014-103-JHA24.11. 2014-90a-SozA24.11. 2014-110-SozA24.11.
2014-111-UVA01.12. 2014-117-VSKA08.12. 2014-117a-VSKA08.12.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen und führt einleitend aus:

Sehr geehrte Kreisrätinnen, sehr geehrte Kreisräte,
verehrte Anwesende,

der Count-Down zum Haushalt 2015 ist eingeläutet und deshalb möchte ich noch einige Informationen und grundsätzliche Anmerkungen vortragen.

Seit der Einbringung des Haushaltsentwurfs in der Sitzung am 20. Oktober erfolgte die Beratung des Verwaltungsentwurfes und der Fraktionsanträge in vier Ausschüssen.

Nachträglich bekannt gewordene Abweichungen vom Finanzgerüst sowie im Rahmen der Ausschussberatungen gefasste Beschlüsse haben im Saldo zu einem Mehraufwand im Ergebnishaushalt über 181.200 €, und einer Entlastung im Finanzhaushalt in Höhe von 2.046.500 € geführt. Dies bedeutet aus heutiger Sicht, dass die eingetretenen Entlastungen des Budgets eine Minderung des ursprünglich von der Verwaltung vorgeschlagenen Kreisumlagehebesatzes über 38,5 % um 0,38 %-Punkte (oder 1.865.300 €) auf nunmehr 38,12 % erlauben würde.

Der heutigen Beratung des Haushalts 2015 sind nunmehr folgende final zu treffende Entscheidungen vorbehalten:

Kürzung bei den Freiwilligkeitsleistungen: Hierbei geht es um die Herbeiführung eines „einheitlichen Beschlusstextes“, nachdem der UVA und VSKA abweichend vom Sozialausschuss hierzu entschieden hat.

Weiterhin wurde im VSKA vereinbart, dass dem Kreistag die Entscheidung zu folgenden Haushaltsansätzen vorbehalten bleibt:

Deckelung der Personalaufwendungen ab 2016 (ein Antrag der SPD-Fraktion),

Globale Minderaufwendungen im Sachkosten-/Personalkostenbereich (hier gibt es verschiedene Anträge der Freien Wähler, der CDU- und der SPD-Fraktion),
Entscheidung über die Aufstockung der Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer (Anträge der Freien Wähler- und CDU-Fraktion),
Erhöhung respektive Reduzierung der Kreditaufnahme (Anträge der Freien Wähler-, FDP/FW-, Grünen-Fraktion). Hierzu empfiehlt sich allerdings eine Entscheidung im Kontext mit dem Hebesatz, da der durch die Kreisumlage nicht gedeckte Aufwand, letztlich im Rahmen einer positiven Nettoinvestitionsrate, das heißt dann über Kredite finanziert werden soll.
Und schließlich auch die Entscheidung über die Höhe der Kreisumlage, hierzu darf ich nochmals die derzeit fraktionsseits eingebrachten Hebesätze in Erinnerung rufen:
Freie Wähler 36,09 %, FDP/FW 37,5 %, CDU 37,67 %, SPD 37,9 %, Grünen 38,5 %.
Dieser Vorschlag deckt sich im Übrigen mit dem ursprünglichen Verwaltungsvorschlag.

Erlauben Sie abschließende die Feststellung: In den Beratungen zum Haushalt ist deutlich geworden, dass das Ihnen vorliegende Zahlenwerk auf dem Boden von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit steht, die entsprechende Etatansätze eng und streng kalkuliert sind, zweifelsohne auch Risiken möglicher Einnahmeausfälle und Mehraufwendungen zu befürchten sind. Deshalb wird der Vollzug des Haushaltes 2015 für uns in der Verwaltung ein Höchstmaß an Disziplin und Augenmaß abverlangen.

So gilt mein Appell zu der nun final anstehenden Beschlussrunde, die finanzielle Ausstattung des Kreises realistisch und bedarfsgerecht festzulegen, damit wir auch im neuen Jahr unserer umfassenden sozialen Verantwortung, unserem Bildungsauftrag, der Sicherstellung von Mobilität, dem Erhalt geschaffener Infrastruktur und auch der Bewahrung unserer Schöpfung gerecht zu werden in der Lage sind.

So sind wir nunmehr gespannt auf die abschließenden Botschaften aus der Mitte der Fraktionen.

Ich vertraue darauf, dass wir wie in den vergangenen Jahren zu tragfähigen Kompromissen und einem soliden Haushaltsplan kommen werden.

Kreisrat Sczuka legt für die CDU-Fraktion dar,

Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs, werte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags, liebe Gäste,

ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich für die konstruktiven Beratungen zum Kreishaushalt 2015 bedanken. Spannend wird auch noch heute die Verabschiedung des Kreishaushalts, nachdem es in den Ausschüssen doch sehr knappe Entscheidungen stellenweise gab.

Eine Spannung hat Herr Landrat Fuchs bei der ersten Beratung seines letzten Haushaltsplanentwurfes für den Rems-Murr-Kreis bereits genommen: er hatte das arithmetische Mittel aus den Vorschlägen der einzelnen Fraktionen gebildet: frei nach unserer Auslegung der CDU-Kreistagsfraktion und seiner Berechnung landet man da bei **37,5 Prozentpunkten Kreisumlage**. Wir werden diesen Mittelwert als gemeinsamen Nenner mittragen.

Entscheidend ist allerdings der Unterschied zu den anderen Fraktionen, wie wir zu diesem Hebesatz kommen: die CDU-Kreistagsfraktion spricht sich fürs Sparen aus, sowohl bei den Personal- und Sachausgaben, als auch bei den Investitionen. Wir müssen verantwortlich mit der Aufgabenwahrnehmung umgehen. Es mag zwar verlockend sein, in Zeiten von günstigen Zinsen die Kreditaufnahme zu erhöhen. Doch die Zinsen werden nicht ewig auf dem heutigen Niveau bleiben, zwar noch einige Monate und vielleicht noch das Haushaltsjahr 2016, aber aufgenommene Kredite müssen nicht nur mit Zinsen bedient werden, sondern auch zurückgezahlt werden. Investitionen deshalb zu verschieben ist der richtige Weg, zumal die öffentliche Hand derzeit nicht in der Verpflichtung ist, sich antizyklisch zu verhalten. Wir werden deshalb uns weiterhin dafür stark machen, beim Sanierungsrückstau die eine Million zu kürzen, wie der Verwaltungsausschuss bereits beschlossen hat. Mit Sorge betrachten wir daher nicht nur die Zinsentwicklung anlässlich des Schuldenstands des Kreises, sondern auch die wirtschaftliche Entwicklung. Die Steuereinnahmen sind weiterhin gut und stabil, doch auch diese unterliegen im natürlichen Wirtschaftskreislauf Schwankungen und werden wieder einmal zurückgehen. Das wird uns als Rems-Murr-Kreis hart treffen.

Belastend wirkt sich weiter das wirtschaftliche Betriebsergebnis der Rems-Murr-Kliniken aus und der Aufsichtsrat und die entsprechenden Mitglieder der gGmbH sind zu Handlungen aufgefordert. Unterstützt werden hier ergebnisverbessernde Maßnahmen von zufriedenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sowie von positiven Erfahrungen von Patienten. Erfreulich waren deshalb in den vergangenen Tagen auch diese positiven Leserbriefe von Patienten, die sich hinter das Klinikpersonal stellen. Das macht Mut und zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Im Prinzip sind wir bei dem gerecht verteilten Steuerzuwachs von 50:50 zwischen Kreis und Kommunen, was wir hiermit nochmals ausdrücklich dokumentieren wollen.

Wir danken der Kreisverwaltung für die konstruktive Unterstützung während den Haushaltsberatungen. Wir haben immer wieder aktualisiertes Zahlenmaterial erhalten und das Versprechen der Ver-

waltung, eingetretene Verbesserungen gleich beim Hebesatz zu berücksichtigen, wurde eingehalten. Wir halten an unseren zur Einbringung des Kreishaushalts gestellten Anträgen fest und werden bei den anschließenden einzelnen Abstimmungen uns entsprechend verhalten.

Wir gehen davon aus, dass im Anschluss an die Haushaltsreden zunächst über den Hebesatz eine Abstimmung erfolgt und danach über die einzelnen Finanzierungsvorschläge abgestimmt wird.

Ich danke Ihnen und wünsche einen interessanten Nachmittag bei den Beratungen.

Kreisrat Kaufmann nimmt für die SPD-Fraktion wie folgt Stellung:

Sehr geehrter Herr Landrat,
meine sehr geehrten Damen und Herren des Kreistags,
verehrte Vertreter der Presse, liebe Gäste,

in unserer Rede zum Haushalt 2015 machten wir deutlich, dass der Haushalt einen Fahrplan braucht und waren der Überzeugung, dass unsere Auffassung von einer Gestaltungsmehrheit mitgetragen wird. Wo stehen wir nun aber nach den Haushaltsberatungen in den Ausschüssen? Die seitens der CDU vorgeschlagene Kürzung von 1 Mio. Euro bei der energetischen Sanierung von kreiseigenen Gebäuden macht deutlich, dass es gar keinen Fahrplan geben soll und dieser gar nicht gewünscht wird. Denn gemeinsam haben wir ein Klimakonzept beschlossen, das wir nun mit diesem Beschluss, wenn er denn zustande käme, zum zahnlosen Tiger machen. Denn wer jetzt nicht in die energetische Sanierung einsteigen will, wann will er es dann tun? Der Zinssatz für die Investition wäre daher recht schnell amortisiert, wenn nämlich die 0,1 % zum Tragen kommen. Und das tun sie derzeit. Überdies kommen die mit der Maßnahme verbundene Aufträge unserer hiesigen Wirtschaft ebenfalls zu Gute, und darüber hinaus kommt das den Kommunen zugute, denn der Gewerbesteuerertrag ist ebenfalls dann zu verzeichnen. Insofern darf vom Grundsatzbeschluss, der Kreisbau die Mittel für die - ohnehin notwendige - Sanierung nicht abgerückt werden.

Insofern stellen wir den Antrag, dass durchaus darüber noch einmal zu beraten ist; es ist nämlich vom VSKA nur ein Vorschlag der Abstimmung. Daher stellen wir den Antrag, noch einmal hier zu beraten. Im Zuge der Vorberatungen wurde aber auch deutlich, dass unserem Antrag, an den Freiwilligkeitsleistungen – bis auf die Fraktionszuwendungen – im Haushaltsjahr 2015 nicht zu rütteln, mehrheitlich gefolgt worden ist. Auch freut es uns, dass die Zuwendungen für die Erlacher Höhe

auch im kommenden Jahr gewährt werden sollen, so der Vorschlag des Ausschusses.

Allerdings werden wir heute noch darüber zu beraten haben, wie hoch der Kreisumlagehebesatz festgelegt werden soll. Mit unseren Anträgen zur den Kürzungen im Personal- und Sachkostenbereich verbunden mit den eingetretenen Verbesserungen und Beschlüssen, insbesondere der Grundsteuer dürfte der von uns zunächst avisierte Hebesatz von 37,9 % durchaus unter diesem Wert liegen, würden bei Unterstützung unserer Anträge jedoch auch bis **37,5 %** zustimmen, wenn denn unseren Vorschlägen gefolgt würde. Aber der Wunsch der CDU-Fraktion, den Hebesatz erstmal zu beschließen, und dann darüber nachzudenken, wie man diesen finanzieren soll, das ist doch ein Wunsch, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Insofern sollte man erstmal darüber nachdenken und beraten, wie denn überhaupt die Finanzlage aussieht, bevor man überhaupt den Hebesatz beschließt.

In diesem Zusammenhang wird aber auch deutlich, dass wir den Personalbedarf insbesondere im Sozialhaushalt, z.B. Asylbewerber, ebenfalls sehen. Allerdings sind wir der Auffassung, dass im Rahmen des gesamten Personalkörpers von rd. 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bzw. Stellen durchaus Verlagerungspotential insgesamt vorhanden sein dürfte. Insofern wäre aus unserer Sicht eine Deckelung der Personalkosten ab 2016 denkbar.

Diesen Haushalt ausgewogen aufzustellen, war nicht einfach. Insofern möchte ich auch im Namen der SPD-Fraktion aber auch ganz persönlich Ihnen, Herr Geißler, Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die Aufstellung des Haushaltes aber auch für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr, sowie die Nacharbeitung und das Herausarbeiten der einzelnen Positionen danken. Unser großer Dank gilt ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Kreises sowie aller dazugehörenden Dienststellen, die mit ihrem großen Engagement und Motivation ihre Aufgaben erfüllen.

Ein Dank auch Ihnen, Herr Landrat Fuchs sowie allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistags für die gute und angenehme Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Kreisrat Ulrich legt für die Fraktion der Freien Wähler dar:

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
verehrte Gäste der heutigen Sitzung,

wir Freien Wähler hatten im November dargelegt, dass die bedrohliche Schieflage der Kreisfinanzen mit der wirtschaftlichen Situation der Kliniken verknüpft ist und wir hatten Konsequenzen für die Arbeit des Kreises und der Kreisverwaltung daraus abgeleitet und angemahnt. Auch der Jahresabschluss 2013 zeigt: dem Kreis geht es gut, es geht ihm sogar prächtig. Es ist genau das eingetreten, was wir nicht wollten. Der Kreis kann ohne Not zu Lasten der Kommunen finanzielle Glanzleistungen vollführen, die den Kommunen versagt bleiben. Die Erwirtschaftung der Abschreibung zum jetzigen Zeitpunkt ist gegen die Absprache mit dem Kreistag. Wir hatten uns darauf verständigt, dass der Kreis in die Kreisumlagenberechnung eben nicht die Abschreibungen miteinfließen lässt. Und nun stellen wir fest: trotz der Senkung 2013 reicht es üppig. Auch in 2014 wird oder würde es uns ähnlich ergehen, wenn uns nicht die Kliniken einen Strich durch die Rechnung machen würden. Es geht uns im Kern darum, die Kliniken rasch aus der Verlustzone zu führen. Wir stehen zur Klinik, und wir sagen es auch deutlich ins Murrtal: wer jetzt vom Verkauf spricht, der verkennt, dass nur schöne und herausgeputzte Töchter einen Bräutigam finden. Aber um es auch klar zu sagen: wir verurteilen diese Gespenster der Privatisierung. Das schafft nur weiter Unruhe in der Belegschaft des Krankenhauses. Und das halten wir fast schon für geschäftsschädigend. Er wird so schon kein Zuckerschlecken sein, die Kliniken in den nächsten Jahren mit der notwendigen Ruhe und Gelassenheit zu begleiten und wir müssen die Kreistagsarbeit in den nächsten Jahren auf die Pflichtaufgaben fokussieren. Die kostenintensiven, zusätzlichen Aufgaben sind entschieden zurück zu stellen. Wir drängen daher auf eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung der Verwaltung und wir sorgen uns um den Wirtschaftsstandort unseres Kreises. Hierzu fordern wir mehr wirksame Wirtschaftsförderung, weniger Bürokratie und Bedenken, sondern eine bessere Standortpolitik und eine wirtschaftlichere Ausnutzung unserer Ressourcen.

Der Landkreis braucht mehr Haushaltsdisziplin und eigene wirksame Sparkonzepte, bevor er unangemessen stark auf die Steuerkraft der Kommunen zurückgreift. In den Städten und Gemeinden stehen kostenintensivste Bildungs- und infrastrukturelle Aufgaben an.

Die Haushaltsberatungen der letzten Wochen haben uns Freien Wählern wieder gezeigt, dass wir mit unseren Ansätzen und Forderungen richtig liegen.

Eine Kreisumlage, die wesentlich über unserem Antrag liegt, halten wir aus verschiedenen Gründen für nicht vermittelbar: Nach dem Kassensturz des Kreiskämmerers wissen wir jetzt, dass der von uns vorgeschlagene KU Satz 36,09% machbar ist, weil die hierfür notwendige Kreditaufnahme viel geringer ausfällt wie zunächst angenommen. Wir reden jetzt von 6,4 statt 10 Mio. €, obwohl gerade mal 4 Wochen vergangen sind. Hier ist also noch Vieles in Bewegung.

Auf den deutlich besseren Rechnungsabschluss habe ich eben hingewiesen. Er hat gezeigt, dass das Haushaltsjahr 6,8 Mio. Überschuss und die Tilgung der *Kreisschulden auf unter 60 Millionen* und man höre und staune die Erwirtschaftung der Abschreibungen ist bereits eingerechnet.

2013 war somit sehr gut für den Landkreis, das freut uns. Davon können die Städte und Gemeinden aber nur träumen. Die Rechnungsergebnisse der letzten Jahre zeigen, dass die Kreisumlagen immer zu hoch angesetzt waren, dass ist zwischenzeitlich fast zu einem Automatismus geworden.

Aber jetzt ist es so, dass draußen im Landkreis bei vielen Kommunen Leistungen gekürzt, die Gebühren und Steuern erhöht und sogar Schulden aufgenommen werden müssen um über die Runden zu kommen und die Kreisumlage zu bedienen. Bei vielen Kommunen herrscht über den weiterhin steigenden Finanzbedarf des Kreises, der durch die Kliniken ja schon hoch genug ist, völliges Unverständnis.

Unsere Fraktion trägt die in den Ausschüssen beschlossenen Kürzungen mit, weil diese vertretbar sind, aber mit einer Ausnahme. Es geht um die sonstigen Freiwilligkeitsleistungen. Wir wollen diese nicht weiter angetastet, weil wir damit das Kreisdefizit nicht im Geringsten ausgleichen könnten und wichtige sozial- und umweltpolitisch Projekte und ehrenamtliches Engagement gefährdet wären und das wollen wir Freien Wähler nun mal nicht. Deshalb waren wir mit wenigen Ausnahmen gegen die von der Verwaltung vorgelegte Kürzungsliste.

Wir begrüßen die neuen Ansätze zur Personalentwicklung, von Frau Hülle. Die Qualifikation und Motivation der Mitarbeiter, das sind auch für uns zentrale Themen. Zu den Organisationsuntersuchungen in den einzelnen Dezernaten vermischen wir aber in einer stark defizitären Gesamtsituation klare politische Vorgaben zur Senkung. Aber was ist das klare Ergebnis der Gutachter? Stellenmehrungen. Wir wünschen uns auch Prozessoptimierungen, wir wünschen uns auch Vorschläge wie Stellen abgebaut werden können. Mit kritischem Blick sehen wir auch die Europaarbeit, oder manche Auswüchse im Tourismusbereich oder den Zahlreichen Stabsstellen. Der Landkreis muss sich nicht um jede neue Sau kümmern, die durch das Dorf getrieben wird. Wenn ich einen Organisations- und Personalgutachter ins Haus hole, der die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befragt, ist doch klar, dass Personalmehranforderungen herauskommen. Letztes Beispiel der Antisparsamkeit ist das Kommunalamt; hier sogar verschärft. Aus dem Amt heraus gab es keine Stellenanforderung. Der Gutachter hat aber eine zusätzliche Stelle prognostiziert und wir bedauern sehr, dass wir uns im VSKA gegen diese Stellenmehrung nicht haben durchsetzen können.

Vor diesem Hintergrund halten wir unseren Antrag zur KU in Höhe von **36,09%** aufrecht und appel-

lieren an die anderen Fraktionen und Gruppen, diesen Weg mit uns zu gehen. Wir appellieren an die aktuelle Führung - und das ist auch als ein Hinweis an die oder den künftigen Landrat zu verstehen - die Kräfte zu bündeln, eine sparsamere und wirtschaftlichere Aufgabenerledigung zu verfolgen und sich auf diese zu konzentrieren, damit dieser Landkreis auch im Interesse seiner Städte und Gemeinden wieder handlungsfähiger wird.

Herzlichen Dank, an Kämmerei, Landrat und dafür, dass Sie mir Ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Kreisrätin Brodersen führt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aus:

Sehr geehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste.

Der 19. November 2012 war für uns Grüne eine Sternstunde im Kreistag des Rems-Murr-Kreises! Auf der Grundlage des Konzepts des Wuppertal Instituts, beschlossen wir an diesem Tag einstimmig den Einstieg in den aktiven Klimaschutz. „Auf dem Weg zum Klima-Musterknaben“ schrieb die Waiblinger Zeitung am 07.11.12.

Noch im selben Jahr stellten wir die Weichen für die Umsetzung erster Maßnahmen. Zusammen mit dem HH wurde das Maßnahmenprogramm „Klimaschutz-plus 2013 – 2015“ verabschiedet. Ausgestattet mit bescheidenen finanziellen Mitteln, haben wir damit in den vergangenen beiden Jahren doch einiges bewirkt.

Vor 2 Wochen wurden bei der Veranstaltung „Nachhaltige Mobilität“ der Region Stuttgart einige unserer Erfolge als Vorzeigeprojekte präsentiert, so auch Fahrrad2go. Der Landkreis Göppingen, der vorbildlich an einem durchgängigen Radwegenetz arbeitet, sagte bei seiner Präsentation: „Wir wollen möglichst bald auch die neuen Fahrradmitnahmemöglichkeiten wie im Rems-Murr-Kreis einsetzen“. Und letzte Woche erhielt der Rems-Murr-Kreis im Rahmen des Landes-Preises „Leitstern Energieeffizienz“ den zweiten Preis unter 24 Bewerbungen.

Ja, an solchen Tagen bin ich wirklich stolz auf den Rems-Murr-Kreis, der sich frühzeitig in Sachen Klimaschutz auf den Weg gemacht hat.

Und nun kommt die Rolle rückwärts!

Die Mittel für die Klimaschutzmaßnahmen sollen reduziert werden. Damit werden die Beschlüsse von 2012 ausgehebelt. Die Argumentation, dass der geplante Ausbau des Radwegenetzes derzeit noch nicht umgesetzt werden kann, greift für uns nicht. Diese 400.000 € könnten nutzbringend für den Klimaschutz eingesetzt und möglicherweise durch zusätzliche Landesfördermittel vermehrt werden. Auch ist es blamabel, dass von dem landesweit beachteten Projekt „Fahrrad2go“ bald nur noch ein „Schmalspurprojekte“ mit einer Linie übrig bleibt. Diese Entscheidung wird uns den Zugang zu Fördertöpfen bei Land und Region nicht erleichtern.

Völlig unverständlich für uns Grüne ist der Kürzungs-Antrag der CDU um 1 Mio. bei den energetischen Sanierungen an kreiseigenen Gebäuden. Die Finanzierung dieser Maßnahmen kann aktuell fast zum Nulltarif erfolgen. Dadurch würden wir eine dauerhafte Senkung der Betriebsausgaben und somit auch eine Entlastung der zukünftigen Haushalte erreichen. Stattdessen riskieren wir weitere Schäden an den Gebäuden und entfernen uns immer weiter von den angestrebten Zielen. Trotzdem fand dieser Antrag im VSKA eine Mehrheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachhaltiges Handeln sieht anders aus!

Sollten die Kürzungen wie derzeit geplant verabschiedet werden, – und ich befürchte das – wäre heute ein schwarzer Tag für den Klimaschutz im Rems-Murr-Kreis.

Vor wenigen Wochen haben wir Kreisrätinnen und Kreisräte uns verpflichtet, - ich zitiere - „das Wohl des Landkreises und das seiner Einwohner nach Kräften zu fördern“. Darunter verstehen wir Grünen auch vorausschauendes und nachhaltiges Handeln.

Der Klimaschutz gehört zu den Pflichtaufgaben im 21. Jahrhundert. Die zunehmenden Wetterkapriolen zeigen uns, dass an dieser Stelle nicht gespart werden darf. Klimaschutz ist eine zentrale Aufgabe, - gerade mit Blick auf die nächsten Generationen. Jede Einsparung in diesem Bereich ist ein falsches Signal.

Deshalb lehnen wir die geplanten Kürzungen beim Klimaschutz grundsätzlich ab.

Ebenso ist für uns eine vorausschauende Personalpolitik zwingend erforderlich. Wenn wir wollen, dass auch zukünftig alle Aufgaben kompetent und in angemessener Zeit erledigt werden, wenn wir wollen, dass die Mitarbeitenden gerne und engagiert in unserer Verwaltung arbeiten und Stellen kompetent besetzt werden können, dann müssen wir jetzt handeln. Es ist an der Zeit, der Mitarbeiterschaft zu zeigen, dass wir ihre Arbeit und ihr bisheriges Engagement wertschätzen. Wir müssen

ihnen berufliche Perspektiven ermöglichen, statt sie durch weitere pauschale Kürzungen zu belasten und zusätzlichem Stress auszusetzen.

Deshalb lehnen wir pauschale Kürzungen im Personalbereich ab.

Um auch zukünftig wenigstens kleine Gestaltungsspielräume zu haben, müssen wir unseren Schuldenberg im Blick haben. Fremdfinanzierte Investitionen dürfen nur gemacht werden, wenn dadurch höhere Kosten in der Zukunft verhindert werden. Die Aufnahme neuer Kredite muss so gering wie möglich bleiben.

Deshalb fordern wir weiterhin, dass Ergebnisverbesserungen seit der Einbringung des HH zur Reduzierung der Kreditaufnahmen eingesetzt werden.

Wir Grünen nehmen unsere im September gegebene Verpflichtung ernst und sehen für diesen Haushalt weiterhin die Notwendigkeit für eine Kreisumlage in Höhe von 38,5%.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Zuvor auch von unserer Fraktion herzlichen Dank an Sie, Herr Landrat Fuchs und an die Verwaltung für die geleistete Arbeit.

Kreisrat Haußmann erklärt für die FDP-FW-Fraktion:

Ja, sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst mal freuen wir uns als FDP/FW-Kreistagsfraktion natürlich, dass die CDU-Fraktion und möglicherweise auch die SPD-Fraktion unserem Vorschlag des Hebesatzes zur Kreisumlage von 37,5 %, Folge leisten möchten. Zumindest sind es gute Signale, dass wir dann auch, sollte der Antrag der Freien Wähler abgelehnt werden, durchaus mehrheitsfähig sind. Ich will noch mal den Blick zurücklenken, Bürgermeister Ulrich hat es angesprochen, unter Tagesordnungspunkt 2 werden wir den Abschluss 2013 zur Abstimmung haben und 2013 ist ja erfreulicherweise deutlich besser gelaufen, 6,8 Mio. EUR besser als im Haushaltsplan 2013 veranschlagt. Wenn man noch hinzu nimmt, dass man Defizite hat, die nicht geplant waren für den Straßenunterhalt von 3,9 Mio. EUR und ein Defizit im Bereich der Flüchtlinge von 3,2 Mio. EUR, dann sieht man, wie erfolgreich das Jahr 2013 letztendlich gelaufen ist. Für uns auch die Grundlage, schon im November die 37,5 % zu beantragen, weil wir sagen, gemessen an den früheren Planungen haben wir eine Verschuldung, die 30

Mio. EUR niedriger ist, wie wir ursprünglich geplant haben. Ich will kurz auf einige Punkte nochmal eingehen, die auch in der Vorlage sind.

Erster Punkt die Freiwilligkeitsleistungen:

Wir haben schon vor unserer Haushaltsrede angesprochen, dass wir nicht mitmachen; immer wenn es eng wird, werden wieder die Fraktionen vor die Hausaufgabe gestellt, die Freiwilligkeitsleistungen entsprechend zu prüfen und sozusagen den Schwarzen Peter von der Verwaltung auf die Kreistagsfraktionen zu schieben. Und deswegen haben wir gesagt, wir machen nicht mit. Man muss ja auch mal überlegen, es kommt dann vielleicht auch so rüber, dass wegen der Defizite des Krankenhauses viele andere Organisationen, die sich ehrenamtlich im Rems-Murr-Kreis einbringen, Abstriche in Kauf nehmen müssen. Das ist, glaube ich, keine gute Sache im Hinblick auf das, was wir mit dem Krankenhaus vorhaben, dass wir auch positive Meldungen haben wollen. Wir haben aber auch gesagt, dass wir gerne von der Verwaltung hätten, dass die Freiwilligkeitsleistungen analysiert werden. Und jetzt geht es uns nicht darum, dass man jede Freiwilligkeitsleistung en détail prüft, sondern es geht uns darum, dass da, wo die Verwaltung Punkte sieht, wo sie sagen, „das kommt uns vielleicht etwas zu hoch vor“, dass man bei diesen Punkten, also nicht bei allen, das einfach noch mal prüft. Deswegen würden wir darum bitten - es ist ja in der Beschlussvorlage drin - dass die Verwaltung darauf verzichten möchte. Deswegen plädieren wir auch noch mal an die anderen Fraktionen, diesen Prüfauftrag in dem Sinne, wie ich es beschrieben habe, zuzustimmen. Wir haben - und die Kollegin Brodersen hat darauf hingewiesen - das Thema Investitionen in den Klimaschutz. Und auch darauf haben wir hingewiesen, dass wir angetreten sind vor Jahren, dass wir jährlich 3,0 Mio. EUR in den Klimaschutz investieren wollen und es kann nicht sein, dass wir jetzt hergehen und wenn es knapp wird wieder 1,0 Mio. EUR streichen. Wir haben 1,0 Mio. EUR für den Brandschutz und für die Trinkwasseraufbereitung, 2,0 Mio. EUR sind dafür da, energetische Sanierungen durchzuführen, die uns viel bringen. Bei einer Finanzierung mit 0,1 % haben wir einen effektiven Mehrwert und deswegen beantragen wir, diese 3,0 Mio. EUR beizubehalten. Wir sind aber auch dafür bereit, dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu folgen, die globalen Minderausgaben von jeweils 500.000,00 EUR bei Personal- und Sachkosten mitzutragen, um auch hier eine Finanzierung, eine Gegenfinanzierung, anzubieten. Im Übrigen hat unsere Fraktion auch bei den Klimaschutzprojekten gesagt, dass wir hier keine Streichungen akzeptieren, bei dem Projekt "Fahrrad2Go" haben wir nur gesagt, dass wir nicht die Zahl der Maßnahmen brauchen. Hier würden auch zwei Maßnahmen ausreichen und wir haben bei anderen Themen - sie haben das Radwegkonzept angesprochen - im Grunde genommen keine Streichung, sondern nur eine Verschiebung. Der Verkehrsminister hat angekündigt, ein Landesradwegenetz aufzubauen und solange das nicht fertig ist, können wir im Grunde genommen

auch hier im Rems-Murr-Kreis es nicht fortsetzen. Da ist der Verkehrsminister am Zuge. Deswegen ist es keine Streichung, sondern es ist eine Verschiebung der Haushaltsmittel. Wir haben weiterhin unseren Antrag mit 37,5 % und würden dann dem-entsprechend einer weiteren Schuldenaufnahme, die aber deutlich unter dem Niveau der 4,6 Mio liegt. EUR zustimmen. Dies hatten wir am 17.11.2014 in der Haushaltsrede angekündigt. Wir liegen jetzt irgendwo bei 1,7 Mio. EUR, aber das werden der Herr Geißler und die Frau Kugler noch viel besser nachrechnen können und da sage ich auch an dieser Stelle ganz herzliches Dankeschön, denn wir sind immer zeitnah informiert worden über alle Änderungen. Daher auch dafür einen ganz herzlichen Dank an Frau Kugler, an Herrn Geißler für diese wirklich bravouröse Arbeit bis in die Nachtstunden hinein. Ich denke, das ist auch einen kräftigen Applaus wert. Ja darin einschließen möchte ich auch den Dank an Landrat Johannes Fuchs und Dank an die Verwaltung und möchte abschließen. Ich hatte das auch in der Haushaltsrede angesprochen, im Rahmen der regionalen Gesundheitskonferenzen, dass wir einen Leitfaden entwickeln für einen gesunden Rems-Murr-Kreis. Herr Bürgermeister Zahn hatte auch das Thema Ärztemangel angesprochen. Ich möchte dies als Anregungen geben und vielleicht wäre das eine Idee für die Klausurtagung am 06.02.2015, dieses Thema anzubringen und zu überlegen, wie wir über unsere Kliniken, über die Gesundheitszentren hinaus, etwas tun können, um für einen gesunden Rems-Murr-Kreis aktiv zu werden. In diesem Sinne sage ich herzlichen Dank und werbe noch einmal für den Hebesatz zur Kreisumlage von 37,5 %. Vielen Dank!

Kreisrat Heide legt für die AfD dar:

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn Geld fehlt, gibt es immer zwei Ansätze, zu handeln: auf der Ausgabenseite zu sparen oder auf der Einkommenseite die Einkünfte zu erhöhen. In den Ausschüssen ist viel über Einsparung beraten worden und es sind auch etliche Einsparungen bei Sachkosten beschlossen worden. Die drei Sparvorschläge der AfD sind dabei vollständig berücksichtigt worden. Vielen Dank!

Wie es jetzt aussieht, soll das Restproblem, - und das ist der Löwenanteil - über die Einnahmenseite, gelöst werden. Das bedeutet eine Anhebung der Kreisumlage in noch offener Höhe, - das beschließen wir gleich - und eine Neuverschuldung. Nichts gespart wurde bisher beim größten Posten, auf den der Kreis überhaupt Einfluss hat, nämlich bei den Personalkosten. Hier hat sich die Verwaltung bisher grundsätzlich verweigert, das bedauern wir sehr. Die AfD akzeptiert die pauschale Zu-

rückweisung von Kürzungsvorschlägen bei den Personalausgaben nicht und hat den Eindruck, dass eine gründliche Prüfung der Auslastung der über 1.400 Mitarbeiter nicht stattgefunden hat. Die Personalzahlen sind in den letzten Jahren stetig immer weiter gestiegen; 2013 plus 15 Stellen, 2014 plus 22,5 Stellen, 2015 plus 12,25 Stellen. Es gibt nur eine Richtung immer mehr. Parkinson hätte seine helle Freude am Rems-Murr-Kreis. Der einzige Bereich, wo Einstellungen wirklich notwendig sind, ist der Bereich Soziales, dort haben sich die Anforderungen sprunghaft erhöht und die Mitarbeiter sind akut überlastet. Beim Rest halten wir das nicht wirklich gerechtfertigt. Die Verwaltung muss auch aufhören, immer neue Projekte, Aufgaben und Initiativen an Land zu ziehen, z. B. die interkommunale Gartenschau, Leader Kulisse Schwäbischer Wald, Fahrrad2Go und solche Geschäfte. Die sind alle sehr löblich und auch sinnvoll, aber in Zeiten leerer Kassen nicht zu rechtfertigen, weil über die Sachaufwendung hinaus auch Personalkosten entstehen. Diese Projekte blähen den Personalbedarf weiter aus.

Zum Schluss hätte ich noch einen Vorschlag zur Tagesordnung. Beim Aufruf von Punkt 7 Kreisumlage bitten wir um die Angabe der jeweils resultierenden Neuverschuldung zu den jeweiligen Umlagesätzen, die dort angegeben sind. Vielen Dank!

Der Landrat erklärt, dass die Abstimmung über zwei Anträge noch einmal explizit gewünscht worden sei. Dies sei zum einen der Antrag über die Kürzung bei den Sanierungsmaßnahmen an den kreiseigenen Immobilien um 1 Mio. Euro und zum anderen die Reihenfolge der Abstimmung, nämlich, dass die Kreisumlage erst nach den anderen haushaltsrelevanten Punkten beschlossen würde. Dies sei sinnvoll, da man dann genau wisse, um welche Höhe es bei der eventuellen Schuldenaufnahme gehe.

Kreisrat Haußmann merkt an, dass die FDP-FW-Fraktion ebenfalls diesen Antrag zu den Sanierungskosten gestellt habe.

Kreisrat Ulrich merkt an, man habe sich im Ausschuss bereits darüber unterhalten und solle es jetzt beim Ausschussergebnis belassen.

Landrat Fuchs merkt an, dass er über den Antrag abstimmen lassen wolle, da dieser eben gestellt sei und legt die Reihenfolge der Abstimmung dar.

Der Kreistag beschließt bei 44 Ja-Stimmen und 41 Nein-Stimmen mehrheitlich auf Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler:

Kürzung der Sanierungsrückstaumaßnahmen an den kreiseigenen Immobilien um 1 Mio. Euro auf 2 Mio. Euro.

Der Kreistag beschließt bei 58 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen mehrheitlich:

Die Kürzungen der Freiwilligkeitsleistungen in der Zuständigkeit des Sozialausschusses mit 35.300 Euro werden zurückgenommen. Die Leistungen bleiben mit Ausnahme der Geschäftsausgaben der Fraktionen insgesamt ungekürzt.

Landrat Fuchs sagt die Annahme des nachstehenden Antrags der FDP-FW-Fraktion zu:

Überprüfung der Freiwilligkeitsleistungen im Jahr 2015. Dargestellt werden soll, wofür die Empfänger die Freiwilligkeitsleistung einsetzen und welche Folgen ein Wegfall oder eine Reduzierung der Freiwilligkeitsleistung bedeuten würde. Die Verwaltung soll darüber hinaus eine Beurteilung vornehmen, welche Freiwilligkeitsleistung ggf. erhöht werden sollte. Die Verwaltung wird hierzu berichten.

Auf die Zusage von Landrat Fuchs, bis zum 01.07.2015 eine Personalkostenbewertung und -betrachtung vorzulegen, nimmt Kreisrat Kaufmann, mit dem Hinweis auf eine mögliche Dynamisierungsklausel bei Tarifsteigerungen, den nachstehenden Antrag der SPD-Fraktion zurück:

Deckelung der Personalaufwendungen auf 64,2 Mio. Euro ab 2016

Der Kreistag lehnt den Antrag der SPD-Fraktion,

2015 werden Globale Minderaufwendungen in Höhe von 1,5 Mio. Euro bei den Personalaufwendungen und 1,4 Mio. Euro bei Sachaufwendungen veranschlagt,

bei 48 Nein-Stimmen und 34 Ja-Stimmen ab.

Der Kreistag lehnt den Antrag der Fraktion der Freien Wähler,

2015 werden Globale Minderaufwendungen in Höhe von jeweils 1,25 Mio. Euro bei den Personal- und Sachaufwendungen veranschlagt,

bei 45 Nein-Stimmen und 34 Ja-Stimmen ab.

Der Kreistag beschließt auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich bei 60 Ja-Stimmen:

2015 werden Globale Minderaufwendungen in Höhe von jeweils 500.000 Euro bei den Personal- und Sachaufwendungen veranschlagt.

Landrat Fuchs erläutert, dass im Nachtragshaushalt 2014 der Etatansatz der Grunderwerbssteuer bereits angepasst wurde.

Der Kreistag lehnt den Antrag der Fraktion der Freien Wähler,

Der Ansatz der Grunderwerbssteuer wird um 1 Mio. Euro erhöht.

mit großer Mehrheit ab.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 70 Ja-Stimmen:

Der Ansatz der Grunderwerbssteuer wird um 300.000 Euro erhöht.

Landrat Fuchs legt dar, die Nettoinvestitionsrate liege bei 3,1 Mio. Alles darüber sei nicht genehmigungsfähig.

Die Sitzung wird auf Antrag der Fraktion der Freien Wähler zur Geschäftsordnung zur Beratung in den Fraktionen und Gruppen von 17:15 Uhr bis 17:20 Uhr unterbrochen.

Kreisrat Hesky zieht den nachstehenden Antrag der Fraktion der Freien Wähler zurück:

Der Kreisumlagehebesatz wird mit 36,09 % festgesetzt.

Landrat Fuchs weist darauf hin, dass bei einem Kreisumlagehebesatz von 37,5 %, die entstehende Deckungslücke über eine zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 1.767.000 Euro abgedeckt werden müsste.

Der Kreistag beschließt auf Antrag der FDP-FW-Fraktion, dem sich die CDU-Fraktion und die Fraktion der Freien Wähler anschließen, mehrheitlich bei 53 Ja-Stimmen:

Der Kreisumlagehebesatz wird mit 37,5 % festgesetzt.

Der Kreistag beschließt mit großer Mehrheit:

Den unter Abschnitt IV (S. 22 ff) aufgeführten Änderungen seit Einbringung des Haushaltsentwurfs 2015 u.a. durch die Fachausschüsse wird zugestimmt [Ausgenommen hiervon sind die Freiwilligkeitsleistungen].

Der Kreistag beschließt mit großer Mehrheit:

In Folge der mehrheitlich beschlossenen Kreisumlage (37,5 %), wird die hieraus entstehende Deckungslücke über eine Erhöhung der Kredite um 1.767.000 Euro finanziert. Den sich daraus ergebenden Änderungen unter Abschnitt IV. wird zugestimmt.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 67 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

Haushaltssatzung des Rems-Murr-Kreises für das Haushaltsjahr 2015

Auf Grund der §§ 3, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 19.6.1987 (GBl.1987, S.289) in Verbindung mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl.S.581) zuletzt geändert durch das Gesetz zur Änderung kommunalwahlrechtlicher und gemeindehaushaltsrechtlicher Vorschriften vom 16.04.2013 (GBl.S55) wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt:

1. Im **Ergebnishaushalt** mit dem

1.1. Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	431.090.800 Euro
1.2. Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	436.218.300 Euro
1.3. Ordentliches Ergebnis	
(Saldo aus 1.1 und 1.2) von	-5.127.500 Euro
1.4. Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren von	0 Euro
1.5. Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	
(Saldo aus 1.3 und 1.4) von	-5.127.500 Euro
1.6. Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0 Euro
1.7. Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	6.000.000 Euro
1.8. Veranschlagtes Sonderergebnis	
(Saldo aus 1.6 und 1.7) von	- 6.000.000 Euro
1.9. Veranschlagtes Gesamtergebnis	
(Summe aus 1.5 und 1.8) von	<u>-11.127.500 Euro</u>

2. Im **Finanzhaushalt** mit dem

2.1. Gesamtbetrag der Einzahlungen
aus laufender Verwaltungstätigkeit von 425.421.600 Euro

2.2. Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus laufender Verwaltungstätigkeit von 420.259.600 Euro

**2.3. Zahlungsmittelüberschuss aus
laufender Verwaltungstätigkeit
(Saldo aus 2.1 und 2.2) von 5.162.000 Euro**

2.4. Gesamtbetrag der Einzahlungen
aus Investitionstätigkeit von 2.436.000 Euro

2.5. Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus Investitionstätigkeit von 25.729.500 Euro

**2.6. Veranschlagter Finanzierungsmittel-
bedarf aus Investitionstätigkeit
(Saldo aus 2.4 und 2.5) von -23.293.500 Euro**

: 2.7. Veranschlagter Finanzierungsmittel-
bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) -18.131.500 Euro

2.8. Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit
(Einzahlungen aus Kreditaufnahmen) von 17.667.000 Euro

2.9. Gesamtbetrag der Auszahlungen
aus Finanzierungstätigkeit (Auszahl-
ungen für die Tilgung von Krediten) von 2.849.500 Euro

**2.10. Veranschlagter Finanzierungsmittelüber-
schuss aus Finanzierungstätigkeit
(Saldo aus 2.8 und 2.9) von 14.817.500 Euro**

**2.11. Veranschlagte Änderung des
Finanzierungsmittelbestandes,
Saldo des Finanzhaushalts
(Saldo aus 2.7 und 2.10) von -3.314.000 Euro**

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf 17.667.000 Euro

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten, wird festgesetzt auf 2.935.000 Euro

§ 4 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt für die Landkreis kasse auf 20.000.000 Euro

§ 5 Hebesatz

Der Umlagesatz für die Kreisumlage wird auf 37,5v.H. der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Rems-Murr-Kreises festgesetzt (§ 35 Absatz 1 FAG).

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 69 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Die Finanzplanung wird einschließlich der unter Abschnitt V. aufgeführten Änderungen (siehe S. 25) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Der Kreistag beschließt bei 74 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen:

Der Stellenplan wird einschließlich der unter Abschnitt VI. aufgeführten Änderungen (siehe S. 26) wie im Haushaltsplanentwurf beschlossen.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Haushaltssatzung der „Rems-Murr-Stiftung“ für das Haushaltsjahr 2015

Auf Grund von § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung vom 24.07.2000 (GBl. S. 582, 698) i.V. mit § 5 der Stiftungssatzung der „Rems-Murr-Stiftung“ in der Fassung vom 20.01.2009 wird folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 beschlossen:

§ 1 Haushaltsplan

Der Haushaltsplan wird festgesetzt mit:

- | | |
|--|-------------|
| 1. den Einnahmen und Ausgaben in Höhe von je | |
| im Verwaltungshaushalt | 36.000 Euro |
| im Vermögenshaushalt | 10.200 Euro |
| 2. dem Gesamtbetrag der vorgesehenen | |
| Kreditaufnahmen (Kreditermächtigungen) | |
| in Höhe von | 0 Euro |
| 3. dem Gesamtbetrag der Verpflichtungser- | |
| mächtigungen in Höhe von | 0 Euro |

§ 2 Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf – 0 Euro – festgesetzt.

Auszüge:

- 1 Dezernat 3
- 2 Kreiskämmerei
- 1 GB Verkehr
- 1 GB Kreisprüfung

§ 2

Feststellung des Jahresabschlusses 2013 des Rems-Murr-Kreises und der Jahresrechnung 2013 der Rems-Murr-Stiftung
Drucksache 2014-115a-KT15.12.

Landrat Fuchs verweist auf die der Beratung zu Grunde liegenden Drucksachen.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 81 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen:

1. Der gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 95 der Gemeindeordnung erstellte Jahresabschluss des Rems-Murr-Kreises zum 31.12.2013 wird mit den in der beigefügten Aufstellung (Anlage 1) ausgewiesenen Ergebnissen und gebildeten Rückstellungen festgestellt.
2. Die Jahresrechnung 2013 der Rems-Murr-Stiftung wird gemäß § 48 der Landkreisordnung in Verbindung mit § 97 der Gemeindeordnung mit den in der beigefügten Aufstellung (Anlage 2) ausgewiesenen Ergebnissen festgestellt.
3. Die im Rechenschaftsbericht 2013 unter 5.4 (S. 162) abgerechnete Hochbaumaßnahme (Umbau EG und UG Christian-Morgenstern-Schule) und abgerechneten Straßenbaumaßnahmen (Sanierung K 1910, Sanierung K 1805) werden anerkannt.

Auszüge:

4 GB Finanzen

1 GB Kreisprüfung

§ 3

Parkierungsanlage für den Gesundheitscampus Winnenden: Aktueller Stand der Planungen
Drucksache 2014-119a-KT15.12.

Landrat Fuchs ruft die zugrunde liegende Drucksache auf.

Geschäftsführer Braune erläutert, das Projekt schreite gut voran. Durch die Optimierung des ange-dachten Parkdecks können 100 Stellplätze mehr realisiert werden als gedacht. Dies bedeute, dass man ab nächstem Jahr fast 1000 Stellplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung habe. Für Besucher stünden 200 bis 250 Parkplätze zur Verfügung. Es entstünden Mehrkosten von 1 Million Euro. Der Aufsichtsrat habe bereits zugestimmt, sowie auch die Kreditinstitute. Der Grund-erwerb für eventuelle Erweiterungen laufe bereits.

Der Kreistag nimmt von den aktuellen Planungen der Parkierungsanlage für den Gesundheitscam-pus Winnenden Kenntnis.

Auszüge:
1 RMG

§ 4

Bildung und Besetzung des Besonderen beschließenden Ausschusses für die Wahl des Landrats
Drucksache 2014-121a-KT15.12.

Landrat Fuchs verweist auf die zugrunde liegende Drucksache.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Für die Wahl des Landrats wird ein besonderer beschließender Ausschuss nach
§ 39 LKrO mit den in der Anlage zu Drucksache 2014-121a-KT15.12. benannten
12 ordentlichen und 12 stellvertretenden Mitgliedern im Wege der Einigung gebildet.

Auszüge:

1 GB Kreisrecht, Innere Angelegenheiten

§ 5

Wahl der ehrenamtlichen Richter/innen beim Verwaltungsgericht Stuttgart für die
Wahlperiode 2015 bis 2020
Drucksache 2014-122a-KT15.12.

Landrat Fuchs ruft die zugrunde liegende Drucksache auf.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Die in der Anlage zu Drucksache 2014-122a-KT15.12. aufgeführten Personen werden dem
Verwaltungsgericht Stuttgart als ehrenamtliche Richter/innen für die Amtsperiode von 2015
bis 2020 vorgeschlagen.

Auszüge:

1 GB Kreisrecht, Innere Angelegenheiten

§ 6

Verschiedenes:

Kreisrat Kaufmann bedankt sich als stellvertretender Vorsitzender des Kreistags namens aller Fraktionen bei Landrat Fuchs und der Mitarbeiterschaft der Landkreisverwaltung sowie der Kreisunternehmen und bei allen ehrenamtlich Tätigen für ihr Engagement und die gute Zusammenarbeit im Jahr 2014. Er wünscht frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr.

Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert